

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1,20 Mark, vierteljährlich 3,60 Mark, durch die Post 3,90 Mark

Soziale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

werden die 7 geposteten Kolonialzettel oder deren Raum mit 30 Dfg. berechnet und in anderen Annoncenstellen

Nr. 563.

Halle, Sonnabend, den 1. Dezember

1917.

Die Note Trozkis an die Neutralen.

Staatssekretär v. Kühlmann zur Lage.

Berlin, 30. Nov. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages nahm der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann das Wort.

Die englische Regierung hat ihrerseits die Befestigung englischer Finanzen demontiert. Die Deutsche Bank hat auf Anfrage mitgeteilt, daß überhaupt keiner der ihr nahe

Der Staatssekretär führte dann weiter aus:

Rußland,

welches durch seine Mobilisierung die eigentliche unmittelbare Ursache dieser gewaltigen Katastrophe geworden ist, hat die Schuldigen weggeführt und ringt nun in schwerem

Die bisher von der heutigen Nachrichten in Petersburg mitgeteilten Grundzüge erscheinen geistreich, als Bräutigam für eine Neugestaltung der Dinge im Osten, die dem Selbstbestimmungsrecht voll

Dah wir dieses Ziel verfolgen können in engsten Einvernehmen mit unseren Verbündeten und wie wir hoffen will, auch mit der moralischen Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der hier versammelten Vertreter des deutschen

Ueber die militärische Lage haben Sie gestern aus dem Munde des Reichstages eingehende Darlegungen empfangen. Ich möchte mich deshalb heute darauf beschränken, wenige Worte über den

Seldzuz in Italien

zu sagen. Es war ein Bild, was Italien in diesem ungeheuren Gigantenkämpfe noch nicht gesehen worden war, wie sich die grauen Schlangen deutscher und österreichischer Sturmhauben

In Frankreich

hat der verbliebene Kriegswille, als dessen Träger vor allem Präsident Poincaré zu gelten hat, als letzte Karte im Spiel des Krieges, um jeden Preis bis zum bitteren Ende, Herrn Clemenceau zur Macht zu bringen.

In England

hat die Partei des Krieges um jeden Preis schon vor geraumer Zeit Herrn George auf den Schild erhoben und ihm Vollmachten übertragen, die ihn tatsächlich zum Diktator machten. Er hat dieselben trotz allen guten Willens, den Krieg zu rüchelnlos zu führen, nicht alles getan, was seine Freunde von ihm erhofft hatten.

WTE. Petersburg, 29. Nov. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)

Sehr Vorkämpfer (Gesandter!)

In Ausführung des Beschlusses des Kongresses der Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte habe ich mich im Namen des Rates der Volksbeauftragten an die Vorkämpfer der Allierten mit dem Vorschlag gewandt, Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten und den Abschluß eines demokratischen Friedens ohne Annexionen oder Kontributionen entsprechend dem Grundgedanken der freien

Unterzeichnet ist die Note von dem Volksbeauftragten für auswärtige Angelegenheiten: Trozki.

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTE. Wien, 30. Nov. Amtlich wird verlautbart: In Beneventum Kräfte der österreichischen Heeresabteilung im Osten unverändert.

Ulanen.

In der Nacht vom 28. November führten an der unteren Volzja bosnisch-herzegowinische Jäger ein erfolgreiches Unternehmen aus. Sie durchwaten den mannstiefen Fluß, ließen bis in die zweite italienische Linie durch und brachten Gefangene und zahlreiches Kriegsgerät ein.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTE. Berlin, 30. November, abends. (Amtlich.) Auf dem Schlachtfeld bei Cambrai sind neue Kämpfe entbrannt, die bisher für uns erfolglos waren. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Letzte Depeschen.

Die Kriegspropaganda bei den amerikanischen Arbeitern. New York, 30. Nov. (Reuter.) Samuel Gompers, der Präsident des amerikanischen Arbeiterverbandes, sagte in einer Adressenrede für die Anleihe: Vor drei Jahren sei er durch und durch Pazifist und Gegner der Wehrpflicht gewesen.

Das allgemeine Wahlrecht in Holland.

Hass, 30. Nov. (Korrespondenz-Bureau.) Der Erste Kammer hat die Gesetzesvorlage zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts und Gleichstellung des öffentlichen und privaten Wahlrechts angenommen.

Eine offizielle österreichische Erklärung zum Angebot Rußlands.

Wien, 30. Nov. An unterrichteter Seite wird erklärt: Wir sind in der Lage, auf Grund unserer wiederholt bekanntgegebenen Richtlinien zu dem russischen Angebot Stellung zu nehmen und in Verhandlungen einzutreten um so mehr, als die russische Regierung die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker als Hauptziel begehrt.

Budgetrechts-Änderungen in Preußen.

Gleichzeitig mit der Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus und mit den Vorschlägen der Neugestaltung des Herrenhauses hat die preussische Regierung auch einen Gesetzentwurf vorgelegt, der einige — zum Teil nebenläufige, zum Teil aber grundsätzlich bedeutende — Änderungen im Budgetrecht einleitet.

Die erste der in Vorschlag gebrachten Änderungen erweitert die Funktionen (aber nicht eigentlich die Rechte) des Herrenhauses bei der Budgetberatung. Bisher konnte der Staatshaushaltsplan, der zuerst von der Zweiten Kammer erdichtet wird, von der Ersten nur im geringen angenommen oder abgelehnt werden; die einzelnen Ausgabenposten mußte das Herrenhaus unberührt lassen, wie sie im Etat enthalten waren.

Ein anderer Zusatz zum gleichen Artikel (62) der Verfassungsurkunde, den der Entwurf vorschlägt, schließt ausdrücklich aus, daß von der Zweiten Kammer Ausgaben, die in der Budgetvorlage nicht vorgesehen sind, oder Erhöhungen der Ausgabenposten über die Höhe des Etatsentwurfs hinaus ohne Zustimmung der Regierung in den Staatshaushaltsplan eingebracht werden.

Von einschneidender, grundsätzlicher Bedeutung ist dagegen die letzte der im Regierungsentwurf vorgesehenen Änderungen, die in der Verfassungsurkunde eine Art permanentes Statutorgeschäft einfügen will. Die Staatsregierung soll durch ausdrückliche Bestimmung der Verfassung ein für allemal ermächtigt sein, wenn der Etat am Beginne des Rechnungsjahrs noch nicht zustande gekommen ist, bis zu seinem Inkrafttreten alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung gesetzlich bestehender Einrichtungen oder zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen und endlich Steuern und Beiträge zu erheben.

Neue Enthüllungen der russischen Geheim-Dokumente

Stockholm, 28. November. Die russischen Enthüllungen werden weiterhin eifrig besprochen. Nach einem Telegramm an „Dagens Nyheter“ ist auch folgendes Schriftstück veröffentlicht worden:

Ein geheimes Telegramm des russischen Gesandten in Stockholm vom 15. Oktober 1917 Nr. 1029 lautet: Der „Charge d'Affaires“ in Madrid teilte mit, daß man hoch wichtige Nachrichten aus Jertan, bei einer Gelegenheit, das die in dem Telegramm 628 befristet wurden sowie der kürzlich erwähnten Bereitwilligkeit des Ministers, uns in der dort genannten Frage entgegenzukommen, bitte ich Sie dringend, alle Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß das Geschehene, was Solowjow zu tun beabsichtigt. Infolge der frankhaften Eifersucht der Schweden würden wir riskieren, daß das neue Kabinett mehr als das vorhergehende gegen uns Stellung nehmen würde, und wir müßten dadurch Vorteile verlieren, die wir durch die Regierungsänderung erwarteten. Gültigkeit.

Verkauf der geheimen Dokumente über Brest-Litowsk
Die russischen Geheimdokumente über Brest-Litowsk sind nun auch bekanntgegeben; dasselbe lautet: Geheimtelegramm des russischen Gesandten in Stockholm vom 18. August 1917 Nr. 445. Brest-Litowsk, der anfangs im Sinne der durch die Verhandlung der Alliierten für die Sozialisten entstanden ist, höchst aufgebraut war, hat sich allmählich beruhigt. Bei einer privaten und streng geheimen Konferenz äußerte er mir gegenüber folgendes. Wenn Kerenski, ohne die Konferenz über selbst zu verweisen, mitteilen würde, daß er dieselbe augenblicklich für ungeeignet halte, so würde sich das holländisch-standinawische Komitee dem unterwerfen. Wenn Sie sich dieser Nachricht zu bedienen wünschen, bitte ich, daß deren Quelle geheim gehalten wird, um Brest-Litowsk nicht in schlechtes Licht zu bringen und einer wertvollen Quelle zu danken. Gültigkeit.

England und Rußland.

Stockholm, 28. November. Geheimtelegramm des Gesandten in Bern vom 14. (17.) Oktober 1917 Nr. 815. Ein einflussreicher jüdischer englischer Finanzmann, Teilnehmer der erwählten Konferenz, hat sich dahin ausgesprochen, das Ziel Deutschlands sei, nach Möglichkeit den Separatismus im Ausland zu fördern, der Rußland in keine Staaten zerlegt; für Deutschland wird es leicht sein, Handelsverträge mit schwächeren Staaten zu schließen, Estland, Litauen, Letland usw. Die Beibehaltung der Einheit Rußlands ist gleichbedeutend mit seiner Befreiung in der wirtschaftlichen Sphäre der Alliierten, was vor allem für Amerika vorteilhaft wäre. Für England ist der russische Markt nicht von besonderem Interesse, weil England mehr mit seinen Kolonien und dem Seehandel in Anspruch genommen ist; deshalb scheint für England die Zerlegung Rußlands in einige kleine Staaten annehmbar, um so mehr, als im Falle einer Zerlegung Rußlands, England in allen Fällen Hand zu haben wird. An der ersten Konferenz wurde der deutsche Industrie und Handel für lange Zeit blockiert. Die Konferenz Amerikas mit Deutschland auf dem russischen Markt wird für England sogar vorteilhafter sein, als das Ueberlegen des Einflusses einer von den beiden Mächten. Aus den Worten der Informationsquellen kann man schließen, daß gerade diese Vorschläge die Grundlage waren für den Meinungsaustrausch mit den Deutschen auf der Konferenz im August und im September. Man kann insofern annehmen, daß mit den englisch-französisch-deutschen Zweigen der internationalen Finanzpolitik auch ein politisches Abkommen in diesem Sinne geschlossen worden ist. Eine Beilegung der Alliiertenpolitik ist in keiner Weise beabsichtigt. Eine direkte Beteiligung von Frau Andrews ist ganz ausgeschlossen, allein es konnten, um die Aufmerksamkeit abzulenken, verschiedene Kombinationen getroffen sein, woran sie beteiligt sein konnte. Unterhändler.

Geheimtelegramm an den Gesandten in Paris.
Ebenda mitgeteilt, nach London und Rom, 11. (24.) Sept. 1917 Nr. 4227. Unter Bezugnahme auf Nr. 947 und 952. Die Tönen von Alet antwortet seiner Kammerleid zusammenreißt und die sich jedesmal die Ohren zu deckt, wenn die Sirene pfeift — und die nur die Sirene deshalb gelst läßt, weil sie ihr die Mittel zum Luxus gewährt. Meine Frau, Fräulein, ist nur ein einziges Mal durch die Sirene gegangen, als sie nicht länger hinauszuhalten konnte. ... Und sie ist gelassen, gelassen. ... Nur fort ... nur wieder hinaus ... Und draußen im Hof, als ihr mein alter Heiser die Hand bot ... im Gesicht hätte ich sie schlag zu können ... Und wir waren kaum verheiratet ... und sie war schön und jung ... und gelübt ... Gebildeter als ich — Er lachte auf. — Du weißt nicht, wieviel in diesen drei Worten liegt! ... sagte er dann tonlos. „Bist ... unendlich viel ...“ das Gland meiner Ehe.

Am anderen Morgen fuhr er wieder weg. Er war diese Nacht wirklich noch seines Bruders Gast gewesen. Ich hatte fürcht vor meiner Hausdame! ... sagte er. „Wenn ich nicht zu Hause bin, brauche ich keine geliebten Gespräche anzuhören und ich brauche wahrscheinlich, du flehst auf ihre Bildung lassen ... und auf den Tisch ihrer Seiten ...“ Er ließ sich nicht länger fallen. „Dahin werde ich gebracht!“ sagte er. „Und hier kann ich nichts nützen. Vor Frau Senta Taubert brauche ich dich nicht zu schützen ... und das andere müßt dir selber tun.“

Als er im Wogen lag, griff er noch einmal nach des Bruders Hand und brühte sie. „Ich bin so froh!“ sagte er.

erklärung über das Gebrauchsabkommen, betreffend die Ostgrenzen Frankreichs, gemacht. Nachtrag: Die Ostgrenzen sind nicht durch ihre nicht willige Ausrüstung. Weber im Notenaustrausch mit Palloque noch in meiner mündlichen Erklärung gegenüber Rouleus ist die Frage der Verbindung dieses Abkommens mit dem Abkommen über Konstantinopel in einer noch weitläufigeren Frage zu verlegen. Um indessen für die Zukunft Mißverständnisse, wie die Bank seiner Mitteilungen in der Kammer (von welchem vorgelommen, zu vermeiden, er zugebe ich Sie, der französischen Regierung offiziell zu erklären, daß seitens Rußlands einer Veröffentlichung förmlich vor wie während des Krieges geschlossene Abkommen seiner Hindernis in den Weg gelegt werden, falls die Einwilligung der übrigen daran interessierten Verbündeten vorliegt. Ueber die Frage bett, das Kleinasiatische Abkommen werde ich Ihnen meine Ermahnungen ersprechend in einem besonderen Telegramm mitteilen. Terefschikent.

Stockholm, 28. November.

Teilung Klein-Asiens.

Information in der Kleinasiatischen Frage.

21. Februar 1917 in London und Petersburg haben die britische, französische und russische Regierung ein Abkommen getroffen betreffend die Einteilung ihrer künftigen Einfluszbereiche und territorialen Erweiterungen in der asiatischen Türkei, sowie auch betr. Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates oder Konföderation arabischer Staaten innerhalb Arabiens. Das Abkommen geht in allgemeiner Zügen dahin:

Rußland erwidert folgende Gebiete:
Erzerum, Trapezunt, Van u. Bitlis, sowie das Territorium Südrusslands. Binonon Amalika, Persische Grenze, Endpunkt der russischen Erweiterungen am Schwarzen Meer sowie ein künftig noch zu bestimmender, das Mittel- und ein im Süden durch die Linie Kutub Abent begrenztes Territorium bis zur künftigen russischen Grenze und im Norden begrenzt durch die Linie Ala Daga Kessars Adaga Wlows, das Sara Obin Chaiut.

Großbritannien erwidert den südlichen Teil von Mesopotamien und bedingt sich aus, in Serien die Häfen Haifa und Akko.
Nach Uebereinkommen zwischen den französischen und englischen Gebieten werde eine Konföderation arabischer Staaten über ein unabhängiger arabischer Staat gegründet werden. Die arabischen Gebiete als freies Gebiet erklärt. Von Schutz der russischen Interessen der verbündeten Mächte wird Palästina mit den heiligen Stätten vom türkischen Zerk losgerissen abgetrennt

und wird einem besonderen Regime unterstellt, das Verhandlung zwischen Rußland, Frankreich, England, und die Gebiete der gemeinsamen Regelung verpflichten sich die Mächte zu gegenseitigen Abkommen vor dem Krieges bereits geltend gemachten Konventionen und Vorteile in den von ihnen erworbenen Kapazitäten. Sie kommen überein, bei ihren Erweiterungen entsprechenden Teil der Ottomanischen Staatsgebäude zu übernehmen. Mit dem Original gleich lautend. Unterhändler.

Eingehung Griechenlands in den Krieg.

Angebot Südbalkanens an Griechenland.
Am 22. November 1914 haben die Gesandten Rußlands, Englands und Frankreichs der griechischen Regierung

Die kleine Claus.

Roman von Clara Paul, Handdruck verboten.

„Wo juden wir!“ sagte er laut. „Du stehst gar nicht zu wissen, wo sie ist?“
„Wenn ich das wüßte!“ Fräulein Döhlisch holte tief und schwer Atem. „Ich höre sie ... heute noch!“
„Wenn sie so tödlich ist, lohnt das Suchen schon!“ sagte Max Döhlisch. „Sie kann ja nur in irgendeiner Teufelskammer hängen. Gerichtlich ist eben unter irgendeinem Vorwand überall nach ihr, und wenn du sie gefunden hast, bietet dir ihr das Doppelte von dem, was sie bekommt, das das Dreifache meinetwegen ... Wenn sie so tödlich ist, wie du sagst, auch noch Prozente“, sagte er geschäftsmäßig hinzu.
„Du verheißt mich nicht, Max, und wirst mich nicht begreifen“, sagte Fräulein Döhlisch langsam. „Nicht als Angehörige will ich sie zurückholen ... wenn ich sie finde, wird sie meine Frau.“
Max Döhlisch sprang in die Höhe wie ein Schuß. „Fräulein“, sagte er. „Fräulein ... Und ich hätte immer die gesamte Sorge ... Gott, Zunge, was das mich freut ... Ich dachte, er läßt sich überleben ... er wird sich einfinden lassen, dachte ich. Von einer, die unsere Eltern wahrhaftig ihres Kindes gewürdigt hätte. Und die uns Zungen ... Er lachte laut auf und ließ seine großen Hände auf des anderen Schultern. „Wahst du noch, wie wir aussehst? Sommer und Winter in der Mäntelchen, in der grauen-bräunlichen Farbe ... und im Winter in Holzpostern, und danach, sowie ich ein Grauschalm besorgem!“
„Du Zunge, weh! Gott! Ich hätte dich gern gewarnt ... Wir Döhlische brauchen eine Frau, eine Gattin, eine Gefährtin, eine, die sich mit uns argert, wenn uns ein Wuttag ergeht, und die sich um eine tapere Malzine legt, wie ein frisches Kind.“
Wir können keine brauchen, die vor jedem Arbeiter das

„so dankbar und froh — und komme doch heim, der wieder blühender Erkenntnis, daß ich, der Aeltere, meine Sache selbst gemacht habe. Denn deine läßt sich noch reparieren mit ein wenig Geld. Geh alles laufen, wie es will — es kann nicht mehr viel schlechter werden — und suche ... such ... bis du sie hast, die dir helfen wird.“
„In all die Sorgen und Mühen wurde Häberlein krank schwer krank — verbleibt durch sie. Erst war es nur ein leichte Erkältung, die von ihm nicht beachtet wurde, er schonte sich nicht. Er dachte, er hätte keine Zeit, daß jetzt zu liegen.“
„Nun wurde die Zeit. Sie mußte werden. Er lag und fieberte und sorgte sich.“
„Auf Döhlisch lag es wie ein Alp. Immer wieder hob er den Kopf und sah hinüber nach Häberleins Platz, der nun leer war, und dachte voll heiser Angst: Wenn er stirbt, wenn er sterben würde!“ ... Der alte Mann erschau ihm recht wie seine einzige Stütze, wie der letzte Pfeiler, auf dem sein Glück noch ruhte. „Wenn mir Häberlein stirbt, gehe ich von Zaun“, dachte er in später Nachtstunden. Der Schlaf lag ihm. Er ging unruhig im Zimmer hin und her, auf und nieder, wie der Feger an der Uhr trocken wie die Schneeden. Er setzte sich minutenlang ans Fenster und wartete auf den Tag, der grau herausging — müde und verdorben schien es ihm. Seine Augen suchten die Sonne, die endlos hinter den Bergen verging. Er hoffte auf ihr Kommen; sie sollte ihm den Tag bringen und ihn von der dunklen Nacht erlösen.“
„Auf der leeren, stillen Dorfstraße erlöste einiges Häberleins und Hüftglocken. Ein paar Häuser entfernt vor der Fabrik ließ es inne mit kurzem Zug.“
„Der Arzt!“ dachte Döhlisch erschrocken. Er schlug die Hände vor das Gesicht. „Er stirbt!“ So sah er still und in sich ergeben und hot Schultern und Rücken dem Schicksal dar. „Nun wollte er auch noch das letzte opfern, das es geblieben von ihm farbete.“
Als er die Korbhülle schloß, erhob er sich und ging hinaus, der alten Feldmann entgegen. Aus einem Bild warf er auf ihre verneinten Augen: Häberlein war tot! ... (Fortsetzung folgt.)

Athen erklärt, daß Griechenland den westlichen Teil Albaniens erhalten würde, mit Ausnahme von Vloras im Falle eines sofortigen Austrittes zur Hilfe Serbiens. Für ein sofortiges Austrittes forderte Benizelos die Garantie Rumäniens gegen einen Überfall der Bulgaren auf Griechenland. Diese Garantie ist von Rumänien nicht geben worden, infolgedessen hat Griechenland Serbien seine Hilfe gebittet und das Angebot vorläufig keine Kraft.

Das Angebot von Territorium in Klein-Asien und Griechenland.

Am 12. Januar 1915 hat der englische Gesandte in Athen auf Befehl seiner Regierung Benizelos erklärt, daß wenn Griechenland im Moment eines neuen Angriffes Deutschlands auf Serbien, letzterem zu Hilfe komme, die Verbandsmächte Griechenland wichtige territoriale Erwerbungen an der Küste Klein-Asiens zuerkennen würden. Am 15. Januar 1915 haben die griechischen Gesandten in Petersburg, Paris und London die Antwort der griechischen Regierung auf den englischen Vorschlag überreicht, worin eine ganze Reihe von Bedingungen enthalten waren. Am 20. Januar hat Benizelos dem griechischen Gesandten in einer Ansprache die griechischen Wünsche in Klein-Asien mitgeteilt. Die begonnenen Unterhandlungen wurden aufgeschoben durch die Unterhandlungen betr. das Eingreifen Bulgariens und wurden unterbrochen durch den Rücktritt von Benizelos am 21. Februar 1915.

Am 9. März 1916 behändigte der griechische Außenminister Zographos dem Gesandten in Athen eine Note, worin das Kabinett den Wunsch ausdrückt, die durch den Abgang von Benizelos unterbrochenen Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Am 30. März haben in Beantwortung dessen die Gesandten der Verbandsmächte die Unterhandlungen, die die Bereitwilligkeit der Regierung aufstanden, Serbien, in Frankreich ausgedrückt, Griechenland im Falle eines Konfliktes gegen die Türkei das Recht zu garantieren, wieder aufgenommen mit dem mündlichen Bittgesuchen, daß das Angebot nichtig sein würde, falls Griechenland nicht unverzüglich seine Einwilligung zum Eingreifen in den Krieg erklärt. In der Antwortnote hat das Kabinett Gounaris am 1. April seine Einwilligung zum Eingreifen in den Krieg erklärt, und zwar sofort, wenn die Verbandsmächte bereit sein würden gemeinschaftlich mit den griechischen Truppen die militärischen Operationen gegen die Türkei zu beginnen. Das Eingreifen in den Krieg wurde abhängig gemacht von der ferneren Garantie territorialer Integrität, Griechenlands unter Einschluß des nördlichen Epirus und der Inseln während des ganzen Krieges und eine bestimmte Zeit nachher. Die territorialen Erwerbungen Griechenlands in Kleinasien und anderen Gebieten müßten Gegenstand einer späteren Kränkung sein. Die Unterhandlungen wurden im Verlaufe eines Monats nicht erneuert, und am 1. Mai erklärte der Außenminister, daß, weil die Verbandsmächte offenbar die Integrität Griechenlands nicht zu garantieren wünschten, das Kabinett Gounaris beschloß habe, weiterhin Neutralität zu bewahren.

Lloyd George ruft immer dringender nach Amerikas Hilfe.

Wiederholteste Einschränkungen in England. — Wann eublich Soldaten und Schiffe aus Amerika?

London, 29. Nov. Bei einer am 20. Nov. in Downing Street abgehaltenen Konferenz der hauptsächlichsten Mitglieder des britischen Kabinetts und der amerikanischen Wilsons in unter Admiral Benzen zwecks Feststellung, in welcher Weise die Vereinigten Staaten am besten mit England und dessen Bundesgenossen zusammenwirken könnten, hielt Lloyd George eine Rede, worin er folgendes darlegte:

In einem Kriege wie dem gegenwärtigen ist es schwierig, das zu sagen, welche Bedürfnisse am dringendsten zu sein. Aber das Kabinett ist zu der Überzeugung gelangt, daß die wichtigste, die dem die amerikanischen Hilfe am dringlichsten notwendig wäre, die Frontverhältnisse und die Schiffe seien. Der Zusammenbruch Rußlands und die Niederlagen Italiens machen es notwendiger denn je, daß Amerika so bald wie möglich so viel Truppen als möglich über den Ozean schicke. Es liegt mir sehr daran, zu wissen, wie bald er auf die erste Million amerikanischen Truppen in Frankreich rechnen könne. Weiter der Schiffshilfe legte Lloyd George dar, daß die britische Handelsflotte jetzt völlig für Kriegszwecke in Anspruch genommen ist. Die Erleichterung der Lage, vorausgesetzt, daß die Entschädigung für die Verluste nicht verhängt, hängt ganz von dem Zeitpunkt ab, an dem die von Amerika für 1918 angelegten Neubauten von insgesamt 6 Millionen Tonnen fertiggestellt seien. Dinge von minderer Dringlichkeit seien Flugzeuge und Lebensmittel. Die Hilfsmittel würden bedinglich mehr abhängig davon, was Nordamerika an Dschiffenmitteln hervorbringen und für sie empfangen könne. Man sehe im Besonderen, was die Briten an Zinsen die allerdringlichsten Einschränkungen bezüglich des Lebensmittels aufzulegen aufzugeben, teils um den Bundesgenossen beizustehen, teils um mehr Schiffsraum für den Transport von Truppen und Kriegsmaterial an die Front zu gewinnen.

Lloyd George gedachte schließlich der Abgabemehrheiten und sprach die Hoffnung aus, daß das innige diesbezügliche Zusammenarbeiten der Vereinigten Staaten mit den westeuropäischen Mächten den wirtschaftlichen Druck auf die Zentralmächte noch verstärken würde.

Landsdownes Einsicht.

London, 29. Nov. (Priv. Tel.) Reuters meldet: Lord Landsdowne empfing in Wien zwei Exzellenzen langen Besuchs. „Seine Exzellenz“ bei der Verhandlung des Krieges, wie der Minister, indem er sagt: Wir werden den Krieg nicht verlieren, aber die Verlängerung würde den Untergang der zivilisierten Welt bedeuten. Wahrscheinlich würde es für die Friedenspartei in Deutschland ein ungutes Anzeichen sein, wenn bekannt würde, daß wir nicht Deutschland als Großmacht zu verachten wünschen, daß wir nicht danach reichten, Deutschland eine andere Regierungsform aufzuzwingen, als es selbst wünscht. Und daß wir, außer als berechtigter Kriegsmächte, nicht beschließen, Deutschland den Weg zu verlegen, daß wir vielmehr, wenn der Krieg vorbei ist, bereit

sind, zusammen mit den anderen Mächten, die Probleme, die mit der Freiheit der Meere zusammenhängen, zu prüfen und daß wir bereit sind, einen internationalen Abkommen für die Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizutreten.

Nachdem, 30. Nov. „Westminster Gazette“ bezeichnet den Brief als die mutige Erklärung eines sehr einflussreichen Mannes. Der „Star“ bezeichnet sie als einen Donnerkeil. Der Brief zeigt von großer Ueberraschung, und man kann annehmen, daß er geschrieben wurde, nachdem sich Lord Lansdowne mit seinen politischen Freunden verhandelt hatte. Die „Wall Mall Gazette“ fürchtet, daß der Brief in Deutschland als Zeichen der Kriegsmüdigkeit angesehen werde.

Die Zwangsorganisation für England.

T. U. Amherdam, 30. Novbr. Der Korrespondent des „Handelsblatt“ meldet aus London: Im neuen Jahre erwartet man die Einführung der Zwangsorganisation in England.

Italien.

Massenexekutionen.

c. B. Uganò, 30. Nov. Die Wälder in Tessin werden auf Grund von Verdicten von Augenzeugen: In Mailand wurde eine Anzahl pflichtverweigernder Offiziere und Soldaten durch die Strafen geführt. Es trugen auf dem Rücken die Aufschrift: „Verärrer des Vaterlandes“ und wurden auf dem Schießplatz erschossen.

Mangel an Vorräten für die Armee.

c. B. Bern, 30. Nov. Der italienische Nahrungsmittelkontrollrat hat nach seiner Ankunft in London folgendes erklärt: Das Vorkommen der Deiereiche hat uns eine beträchtliche Menge von Armeevorräten genommen. Aus diesem Grunde bin ich nach England gekommen, um um Hilfe zu bitten.

Jucht vor einer Revolution.

Mailand, 30. Nov. Die italienische Jucht unterdrückt schematisch alle Herausgabe von beunruhigenden Telegrammen über die jüngsten Ereignisse in Russland. In einer reaktionellen Notiz liegt der „Corriere della Sera“, es werde der italienischen Zeitung nicht einmal mehr gestattet, in beruhigendem Sinne deulante Besprechungen der Ereignisse aus der französischen und englischen Presse hinüber zu nehmen. Diese Strenge der Jucht komme einer Bevormundung der öffentlichen Meinung Italiens gleich. Es wäre angebracht, das Publikum allmählich auf ernste Umwälzungen vorzubereiten.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die Lage des rumänischen Heeres sehr schwierig.

Bern, 29. Nov. „Progrès de Yvon“ meldet, die Lage des rumänischen Heeres ist besonders infolge der letzten Vorfälle in Rußland ungemein schwierig und bilde einen Gegenstand erster Bedorfnis für die Alliierten. Das Witzensfeld des Generalen werde noch weiter ausgedehnt werden. General Ilescu, der Führer der rumänischen Militärmission in Frankreich, erklärte, die rumänische Heeresleitung erachte zwei Möglichkeiten: entweder die Fortsetzung des Kampfes bis zum Ende, oder im Falle eines russischen Abfalls die Errichtung eines Widerstandszentrums, das die Schwarzmeerflotte zur Basis hätte. Glücklicherweise seien noch zahlreiche russische Truppen, u. a. die Kosaken und die Truppen Tiberghoffers, der Ententegebe vollkommen ergeben. Mit ihrer Unterstützung würde die Widerstandslinie, die festgelegt werden müsse, den Rest des unglücklichen Rumäniens, Südrußland, das Schwarze Meer und Armenien umfassen, wodurch eine unmittelbare Fühlungnahme mit den englischen Truppen in Mesopotamien herbeigeführt würde. Die Alliierten könnten leicht die Hand auf die russische Schwarzmeerflotte legen und das Oberkommando über die armenische Front den Engländern übertragen.

Wilson's neue Kriegsbotschaft.

Bern, 29. Nov. „Progrès de Yvon“ meldet aus Washington: Wilson arbeitete eine neue Kriegsbotschaft aus, die er am 4. Dezember dem Kongress vorlegen werde. Die Botschaft werde in ihrer Bedeutung derjenigen, die die Kriegserklärung an Deutschland forderte, nicht nachleben.

Gemeinamer Oberbefehl?

c. B. Basel, 27. Nov. Die „Basler Nachrichten“ melden aus Paris: Seit einigen Tagen wird in der Pariser und der Londoner Presse heiß über den Obersten Kriegsrat der Entente, also die Erziehung von Panlo, und die Möglichkeit eines französischen Oberkommandos oder Ententearmeen diskutiert. Aus Londoner Telegrammen des „Bett Parisis“ vernimmt man, daß Lloyd George erstens ein Anhänger des französischen Oberkommandos oder Ententearmeen wäre, dann aber heißt es weiter: Für den Augenblick wenigstens begegnete er trotz seinem Talent und seiner Autorität den größten Schwierigkeiten, wenn er sein Prinzip im Unterhause und im Lande durchsetzen wollte. Der Korrespondent des „Bett Parisis“ warnt dann davon, sich irrgläubigen Hoffnungen hinzugeben. Die Geister in England sind noch nicht reif für die Erziehung eines Oberkommandos der Entente. In Paris wird die belarische Parlier Rede Lloyd Georges so gedeutet, daß er an der Erzielung dieser Reise arbeitete — mit Drohungen mit Ironie und mit brutaler Feststellung der gemeinsamen Erfolge und Vorteile, die allerdings einem namhaften Teil der Londoner Presse so sehr missfallen hat. Die amerikanischen Staatsmänner, so kann man in mehreren französischen Wärttern lesen, werden nachdrücklich für die Verwirklichung des einheitlichen Oberkommandos eintreten, also die französische Idee und Forderung auf Erennung eines französischen Gesamtgeneralstabs unterstützen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

Westin, 30. November.

Der Gesandtenrat über weitere Beistellungen zu Kriegsvorteilhaft-Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände ist ohne Erörterung der Staatshaushaltskommission überwiegen.

Ein nationalliberaler Antrag auf Wiederherstellung der ausgelassenen Schnell-Eiszüge wird ohne Aussprache angenommen.

Darauf wird die Beratung über die Ernährungsfragen fortgesetzt.

Abg. Braun (Soz.): Für den Ausweg des Krieges können nicht so sehr die militärischen Erfolge wie die Sicherung der Volksernährung in Frage. Die Landwirte wählten sich gegen den Produktionsmangel. Der Zustand besteht für alle anderen Berufe. Fortwährend werden den Landwirten

Beistellungen bewilligt. Der Brotvorrat sollte unerschütterlich eingezugnet werden. Die Behörden können nicht immer ihrer Pflicht nach, auf Beachtung der Bestimmungen über die Lebensmittelversorgung zu wirken.

Unterstaatssekretär Weiser: Der Behauptung, daß einzelne Behörden ihre Pflicht in ihrem Bereiche nicht erfüllen, muß ich aufs entschiedenste widersprechen. Eine Erhöhung der Kartoffelernte ist unmöglich. Es wäre schicklich, etwas zu verschreiben, was wir später nicht halten können.

Abg. Hammer (Kon.): Begründet seinen Antrag, wonach dem selbständigen Kaufmannstande die Freizügigkeit des Handels sobald als möglich wiedergegeben werden soll. Abg. Dr. Remoldt (Reif.): Wenn wir die Kartoffelernte erhöhen würden, würde

für das Vieh nicht übrig bleiben, dieses würde verschwinden. Wir würden keinen Dünger haben und keine Kartoffel bauen können. Die öffentliche Bewirtschaftung eignet sich nicht für alle Lebensmittel. Sie ist angebracht beim Getreide, weniger bei der Kartoffel. Beim Massentransport ist, wie auch der Staatskommissar anerkannt, ein Verdorben eher möglich, als wenn es durch viele kleine Geschäftskreise geschieht. Ein allmähliches Aufbau der öffentlichen Bewirtschaftung ist erforderlich. Redner begründet dann einen Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, eine Kommission unter Beteiligung von Abgeordneten zu berufen, um Vorschläge zu machen, zur Ausführung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über Erzeugung und Bewirtschaftung von Lebensmitteln. Abg. von Söddin (Kon.): Daß wir bei der Absperrung von jeder Einfuhr infolge Hand, uns zu ernähren, danken wir der Landwirtschaft. Ihr sollten keine Steine in den Weg geworfen werden. Man spricht von den hohen Kriegsgewinnen der Landwirtschaft.

Der Landwirt bekommt für seine Erzeugnisse 100 Prozent mehr als früher.

Die Preise der Artikel, die er kaufen muß, sind aber um das Vielfache gestiegen. Die Landwirtschaft hat ihre Pflicht an die Grenzen des Möglichen getan. Dieses wird weiter geschehen bis zum glücklichen Ende.

Staatskommissar für Volksernährung von Wadom: Die Regierung hat sich mit dem streifenrechtlichen Antrag noch nicht befaßt. Ich habe Bedenken gegen den Antrag, durch den die Grenzen zwischen Legislative und Exekutive bedeutend verschoben werden müssen. Die Weiterberatung wird auf Montag 11 Uhr vor-mittags verlegt.

Schluß nach 16 Uhr.

Deutsches Reich.

Rapp wieder befristet.

Geheimrat Rapp, der vom außerordentlichen General-Landtag der ostpreussischen Landschaft zum zweitenmal zum General-Landschaftsdirektor gewählt worden war, ist nunmehr als solcher vom Staatsministerium befristet worden.

Ein Zentrumsozialist gegen die Reichserneuerung.

Wie aus München gemeldet wird, ist im bayerischen Landtage der Zentrumsantrag eingelefen, die Regierung zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, daß der Betrieb der Reichsverbrennungsanstalten eingestellt werde. Die Münchener-Augsburger Abendzeitung bezeichnet diesen Antrag als Störung des konstitutionellen Vorfriedens und erwartet von der Regierung und von allen übrigen Parteien des Landtages, daß sie diese Vorfriedensstörung nicht mitmachen wird.

Ausland.

Große Ausstände in Argentinien.

Buenos Aires, 29. Nov. (Sanas.) Das Personal der Allgemeinen Eisenbahngesellschaft in Buenos Aires hat den Ausstand erklärt. Ebenso ist das ganze Personal der Zentralbahnen und mehrerer Eisenbahnen gestreikt. Die Vereinigungen von Eisenbahnarbeitern planen einen Zusammenschluß zur Vertiefung der Arbeiter und die Vorbereitung auf die Übernahme der unmittelbaren Leitung von Industrie und Eisenbahnen gemäß dem Grundfasse, daß die Arbeitssmittel den Arbeitern gehören.

Näm im Österreichischen Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause in Wien nahm einen Antrag an, wonach dem Mitglied des Staatsauditoratsausschusses wegen ihrer Mitwirkung bei den seit dem 1. Dezember durchgeführten Finanzoperationen die Möglichkeit ausgesprochen wird. Während der folgenden Verhandlungen der Kriegsverleumdungen kam es während der Rede des Abg. Hummer zu einer ärmischen, hervorgerufen durch dessen Behauptung, daß die Sozialdemokraten vom früheren Finanzminister Spinkowitsch im Einvernehmen mit dem Grafen Strögh die Forderung für gewisse Parteien unter anderem zu erhalten hätten, darunter auch Hummer zu. Die Sozialdemokraten reifen Hummer zu: „Sei leumderl Schurtel“ und beglückwünschten seine weiteren Ausführungen mit lärmenden Zwischenrufen. Abg. Schalles die Befehlsbefugnisse Hummers zurück und erklärte sie für unwirksam, frei erfinden und erlogen.

Halle und Umgegend.

Halle am 1. Dezember 1917.

Rechtsprechung der Reichsoberverwaltungsbehörde zu ausländischen Staatsangehörigen.

Um die vollständige Ermächtigung der in deutschen Besitz befindlichen ausländischen Wohnbesitzer bei der Reichsbank nicht durch die Furcht zu beinträchtigen, in Gemeindefürsorge genommen zu werden, haben sich die Regierungen aller deutschen Bundes-

